

Siehe auch [9999 Liste der gegen mich begangenen Verbrechen ... docx](#)

[Daten, Aktenzitate Gesetzestexte zur Aufdeckung](#) der pervertierung des Rechts organisierten Verbrechens d. Richter u. Beamte nach Anleitung v. Reto Michel v. Schandeundtrauer.docx

[Veröffentlichung der Willküraktionen ... mit Namen Mail usw. ...](#)

[00 Liste der Verfahrensfehler um U-Haft, Polizeiintrigen](#), Justizkommission usw.docx

[0000 alle J.R. von Staatsanwaltschaft und Richtern verweigerten oder unterschlagenen Strafanzeigen.xlsx](#)

## Auszug der grössten, Behörden- Justiz- und KESB- Verbrechen

„...Der Druck wird zunehmen und die Gefahr einer Affekthandlung steigt massiv“

Datum	Nr.	Beschreibung
10.06. 2015	0000	<b><u>Alle Strafanzeigen des Vaters wurden unterschlagen!</u></b>
02.11.2002	78	VB-Sekretär Fredy Fehr macht meine Beziehung zu den Kindern - Besuchsrecht - vom Vertrauen in die VB abhängig. In Sachen Vertrauen - Dok. H13 u. H18!
04.11.2002	H13 H18	Beistand Stephan Tröschs nochmalige Sistierung eines nicht mehr bestehenden Besuchsrechts: „Zur Wahrnehmung meiner Arbeit als Beistand und zum Schutze der Kinder vor weiterem bewusstem Einbezug der Kinder in das Vorgehen durch den Vater, sehe ich mich heute veranlasst, die Sistierung des aktuell vorliegenden Besuchsrechts von Herrn Rutz bis auf weiteres zu beantragen.“ Am 26.11.2002 beantragt Trösch erneut die sofortige Sistierung des Besuchsrechts - Dok. H18
02.12.2002	H19	<b>Mit diesen Worten wird Dr. Ebner Psychiatrie Breitenau von VB-Sekretär Fredy Fehr für zwangspsychiatrische Massregelung des Vaters gekauft:</b> „dass wir ihn bezüglich seinem Recht, den persönlichen Verkehr zu den Kindern zu pflegen, völlig auf Null setzen müssen. Damit hat Herr Rutz alles verloren was ihm wichtig ist. Wir befürchten, dass dadurch die Aggression und Affektgefahr erhöht wird.“ <i>Siehe auch <a href="#">Dok. H15 u. H16</a>, <a href="#">H22 (Besuchsrecht als Strafe für Unstimmigkeiten mit VB einstellen)</a>, <a href="#">113.9</a>, <a href="#">128.4</a> u. dieses Dok. H19</i>
09.12.2002	H21.1 116.9	Beistand <a href="#">Stephan Tröschs geheimen Anweisungen</a> : Vorladung, sofortige Freistellung, FFE bzw. FU und Besuchsrecht wegnehmen.
13.12.2002	128.3 345	Protokoll Hausdurchsuchung bestätigt, dass seit heute kein Gewehr vorhanden sein konnte - dazu Lüge Fehr Dok. 345
09.01.2003	H30	<a href="#">Stephan Tröschs verlogene Aktennotiz</a> zu Besuch Kinder u. deren Verwaltung durch seine Person - <a href="#">vgl.cont. 343</a>
21.01.2003	345 H22 128.4	Fehr: „Recherchen unsererseits - H22 - haben zudem ergeben, <a href="#">dass Josef Rutz eine Waffe besitzt</a> „- <b>vorsätzlich gelogen</b> , da Trösch die Hausdurchsuchung mit Polizei abgesprochen hatte - <a href="#">siehe Dok. H15 u. H16</a> ... Billige Recherche: Trösch hat mich danach gefragt - und auch danach: „... und auch im Umgang mit Sprengstoff Fachkenntnisse hat“. Er bestätigt mit Dok. H22 Bei Einvernahme 13.12.2002 - Dok. 128.4 kopiert Pol. Peter Kienzle Tröschs Befragung nach Waffe und Sprengausweis und konstruiert mir eine Drohung - er datiert
22.05.2003	236	... <b>Daher müssen wir leider auch zugestehen, dass wir gewisse gewalttätige Reaktionen bei Herr Josef Rutz befürchten.</b> ...
25.07.2003	248 H62	Infolge Besuchsboykott durch Neuhauser VB richte ich ein Hilfesuch an Einwohnerratspräsident Willi Josel. Fredy Fehr VB macht beim Gemeinderat Druck, er möge den Vater mit einer Ehrverletzungsklage blocken Dok. H62 vom 23.02.2004. Mi.16.02.05 Erhalte 6 Einschreiben mit den Ehrverletzungsklagen der Gemeinderäte, Wahrenberger, Rawyler, Hak und Tamagni und dem Gesamtgemeinderat. Diese <a href="#">Angelegenheit endet in einem Komplott</a> . Dafür war

		die VB gezwungen, dem Vater die Kinder für ein paar Monate ohne irgendwelche Querelen sofort wieder herauszugeben. ... Schade, dass Josel danach das Lager wechselte oder dazu gebracht wurde.
19.02.2004	389	Doppeldeutiges KJPD-Gutachten für ca. Fr. 23'000.- Kinder hätten getobt, wieder zum Vater gehen zu dürfen. Ebenso werden die Bedürfnisse der Behörde, den Vater weiterhin mit Besuchsboykott abzustrafen, anerkannt.
06.09.2004	1051	Gemeindepräsident Hansjörg <a href="#">Wahrenberger fordert Dispositiv</a> und „scheinen sich die Ereignisse wie bei einem "Ablassen von aufgestautem Druck" bei mit J.R. zusammenhängenden Ereignissen zuzuspitzen.“
13.09.2004	H77	Fehr konstruiert aus der Forderung nach Besuchsrecht eine handfeste Drohung, der Vater würde körperliche Gewalt gegen ihn anwenden.
15.09.2004	H78	<a href="#">VB-Fredy Fehr koordiniert den Entscheid der Justizkommission</a> - hier Petitionskommission - mit dieser und dem Amt für Justiz. Gnädinger dazu: „... das Amt für Justiz empfiehlt dieser, die Eingabe wegen fehlender Zuständigkeit mit einer differenzierten Begründung abzulehnen. Um die ganze Angelegenheit zu koordinieren werde ich mit dem Präsidenten der Petitionskommission, Herr Albert Baumann <a href="#">die Koordination der weiteren Schritte besprechen.</a> “ ... J.R. soll lernen, mit Besuchsboykott, bzw. ohne Kinder zu leben - singemäss. Bei Bedarf J.R. sofort mittels FFE /FU in Psychiatrie versorgen und abklären
22.10.2004	567 1220	Vormundschaftssekretär Fredy Fehr - erklärter Diener meiner EX-Frau: „Zwischenzeitlich wurde das Arbeitsverhältnis mit Josef Rutz gekündigt ... <b>Die persönliche und emotionale Belastung von Josef Rutz wird dadurch zunehmen und die Gefahr einer Affekthandlung steigt massiv. Eine erste Reaktion gemäss gemäss Brief vom 6. Oktober 2004 liegt bereits vor“ - (<a href="#">vgl. doc. 547</a> ). Diese Aussage kupfert Hauptmann Ravi Landolt von der SH-Polizei kurzerhand zu einer Aussage von J.R. um - siehe Dok. 1220 v. 20.12.2010!</b>
04.11.2004	583	Petition 1 von Albert Baumann mittels Mauschelei mit Amt für Justiz und Gemeinden und der Bemerkung „es ist leider nichts zu machen“ abgewiesen.
09.03.2005	H90	<b>VB-Sekretär Fredy Fehr:</b> Mit einem auf Beschlussebene geregelten persönlichen Verkehr, (...) dürfte es schwierig sein, öffentliche Verbote für Herrn Rutz auszusprechen. Gerade <a href="#">aus diesem Grunde ist es wichtig, dieses Besuchsrecht auszusetzen.</a>
17.04.2005	735	Sonntagszeitung 17.04.2005 Stephan Rawyler <a href="#">lässt seine Todesangst vor J.R. in der Sonntagszeitung feiern.</a> Ehe er aus Haus gehe, alle Lichter aus, aus allen Fenstern spähen, ob einer da ist und mit ungutem Gefühl an die Arbeit.
28.06.2005	798	Hansjörg Wahrenberger hängt mir auch <a href="#">nach seiner gescheiterten Steinwurfattacke</a> , weiterhin <a href="#">schwere Drohungen</a> an - Beweis Dok. 777 ... <a href="#">alle Friedensangebote</a> , Aussprachen und <a href="#">Mediationen hat er unterschlagen.</a>
30.6.2005	H97	VB-Präsidentin <a href="#">Franziska Brenn macht mobil.</a> Sie beauftragt, <b>Carole Kherfouche vom psychiatrischen Dienst Justizvollzug Zürich</b> für eine Schnellbeurteilung. Mit Bezug auf das heutige Gespräch mit ihren Gemeinderatskollegen fordert sie von diesen nun schriftliches Belastungsmaterial gegen J.R. an.
06.09.2005	H103	Die <a href="#">seelische Grausamkeit des neuen Vaters</a> gegen Marina - <a href="#">vgl. cont. 354</a>
15.09.06	1023	Petition 2 KG Ernst Sulzberger lässt Übergabe meiner Friedensbotschaft und Bitte um Gespräch <a href="#">mit Polizeigewalt</a> unterbinden - <a href="#">Film Schweizer Fernsehen.</a>
04.06.07	1097.1	Petition 2 ohne Gespräch mit J.R. von Georg Meier / Markus Müller

		zurückgewiesen - dafür Sitzung des Kantonsrates mit Polizeischutz - Doks. 1097.1 1097.2
05.06.2007	H106 1084	Aus meiner Sicht ist es wichtig, <a href="#">dass hier die Behörde direkt reagiert und wenn notwendig verhandelt.</a> Ganzer Hintergrund in <a href="#">Dok. 1084 und H106</a>
18.06.2007	1025 1097.1 1097.2	<a href="#">Petition 2a an Justizkommission</a> - auch Dok. 1055 J.R. - durch „Aufruf ans Volk“ wird mit <a href="#">Polizeischutz</a> für die Sitzung des Kantonsrates vom 04.06.2007 quittiert - weshalb? Aus „Sache Sächeli von Schaffhauser Nachrichten - siehe auch Protokoll Sitzung KR - Dok. 1097.2
31.07.2007	1097 1085.9	Petition 3 vom Präsidenten des Kantonsrates prüfungslos abgewiesen - ich wäre schon einmal da gewesen.
Sa.29.03.08	1119	VB beschliesst Verlängerung des Besuchsboykotts bis Mitte 2010
<a href="#">04.06.2008</a>	<a href="#">H118</a>	<b>Polizist mba Peter Kienzle:</b> 'JR stellt eine tickende Zeitbombe dar' Kienzle ist direkt in die fragwürdigen Machenschaften der Polizei involviert - <a href="http://www.rutzkinder.ch/include.php?path=content&amp;type=&amp;contentid=137">http://www.rutzkinder.ch/include.php?path=content&amp;type=&amp;contentid=137</a> Gemeinderätin und VB-Vertreterin Franziska Brenn will J.R. per FFE - neu FU - versorgen und begutachten lassen.
18.03.2009	H123 H124	<a href="#">Benn, Brühlmann und Zürcher sprechen sich ab:</a> Vater ins Gefängnis werfen. H124 <a href="#">Um die drei Briefe der Kinder lesen zu dürfen 71 Tage Beugehaft</a> - dank Franziska Brenn.
18.03.09	H124	<b>U-Haft, um Briefe der Kinder zu lesen; <a href="#">Amtsnotiz Zürcher vom 18.03.2009, 15.30 Uhr.</a></b> Frau Brenn ersucht mich, der Sache Rutz die nötige Beachtung zu schenken. Man mache sich in Neuhausen (...) doch grosse Gedanken wegen Herrn Rutz. Dazu komme noch, dass er nun demnächst erfahren werde, dass seine Kinder tatsächlich nichts mehr von ihm wissen wollen. ... und dann die Verhaftung. ...
19.03.2009	H125	Zürcher kann mit Dr. Dieter Böhm trotz Amtsgeheimnis über meine Zwangspanychiatisierung aushandeln, dass er den ausserkantonalen Psychiater Giebeler bezieht. Gegen die Aufhebung des Arztgeheimnisses habe ich mich vergeblich gewehrt und Fr. 500.- bezahlt! Dennoch gab es KEIN Gutachten!
20.03.2009	G12.9 1183	Herausgabe der Briefe meiner Kinder von allen Instanzen verboten. Auch graphologisches Gutachten strikte verweigert! Staatsanwalt Willy Zürcher; Angebliche Schandbriefe der Kinder verweigert - Lesen unter Aufsicht, <a href="#">graphologisches - grafologisches - Gutachten strikte verweigert</a> - dies könne ich bei Eingabe für Abänderungsklage Alimentenzahlungen haben - wurde von Richter Oechslin ebenfalls unterschlagen - Dok. 1183.
20.03.2009	H126 1200 H124 H123 g7.8	H126 Protokoll Brühlmann: Herausgabe Kinderbriefe verboten, graphologische Gutachten verboten, Eingabe an Gericht zwecks Einstellung Alimente mit Antrag auf Beizug der Briefe sei OK - hier nochmals - Dok. 1172. Dann Oechslins Betrug mit Abänderung Scheidungsurteil - Einstellung Alimentenzahlungen. Alles abgelehnt und Gutachten Briefe verboten, Kosten Fr. 5327.90! - siehe Dok. 1200. <b>G7.8</b> Zürcher handelt mit Brühlmann Briefe bei SH-Polizei lesen aus.
27.03.2009	<a href="#">G48</a>	<b>Anschuldigungen von Staatsanwalt Willy Zürcher mittels Selbst- und Fremdgefährdung „... sind zum jetzigen Zeitpunkt gar Tötungsdelikte nicht auszuschliessen“ ... und dann auch noch <a href="#">Suizidtest - man schleuste Waffen in Zelle des Beklagten (...)</a>“</b> dass er sich in einer ausweglosen Situation befinde, dass er nicht mehr weiter wisse und dass er am Ende sei. Wie tragische Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt haben,(...)“ grundlos weist er auf eine „als gross einzustufende Ausführungsgefahr“ hin.

30.03.2009	G48.8 1136	Damit ist nachgewiesen: Zürcher vermochte die sinnlose <b>71tägige Beugehaft nur</b> <b>vermittels Aktenfälschung</b> - ( <a href="#">vgl. cont. 416</a> ) - durchzusetzen. So hat er angebliche Droh-Mail vom vom 07.04.2008 April um vier Monate auf den 07.08.2008 vordatiert. Vergleichen Sie die Fälschung - ( <a href="#">vgl. Dok. G48.8</a> ) - mit dem Einvernahmeprotokoll - ( <a href="#">vgl. Dok. 1136</a> ) - Dok. von Staatsanwalt Rico Nido. Da Zürcher in den Protokollen Selbst- und Fremdgefährdung festhält, muss von einer exorbitanten Skrupellosigkeit ausgegangen werden - deswegen: De facto war er tatsächlich bereit wider besseres Wissen, bis zum letzten Tag der „vier Monate dauernden Frist“ - wie er weiter in den Akten festhält - vorsätzlich ein Tötungsdelikt in Kauf zu nehmen. <b>G48.8</b> er schreckte auch nicht vor dem Versuch, den Vater zu verwahren zurück: Massnahme Art. 59-61 und 63 StGB
02.04.2009	<a href="#">G56</a>	Angeschuldigt wegen Aufrufen zur Gewalt, Berichtigung jedoch strikte verboten: <b>kein Internet (keine Bearbeitung der Homepage)</b>
20.04.2009	G103	Obwohl J.R. anscheinend gemeingefährlich ist, reduziert sich der Staatsanwalt plötzlich auf ein Aktengutachten.
22.04.2009	G113 C268	Die Ausführungen von Staatsanwalt Willy Zürcher: „Im August 2008 spitzte sich jedoch die Situation zu, so dass am 07.08.2008 eine Inhaftierung wegen Ausführungsgefahr erfolgte. ... <b>Zudem schrieb er auf der Homepage, er wisse nicht mehr weiter und befinde sich in einer auswegslosen Situation</b> bzw. sei am Ende“ <b>Eine massive Aktenfälschung - siehe Cont. 268</b> Darum auch das strikte Verbot gegen diese Seite wegen angeblicher Aufrufe zur Gewalt. Ebenso auch strikte Geheimhaltung meiner mehrfachen Gesuche, angesichts meiner politischen Verfolgung freiwillig ins Gefängnis gehen zu dürfen!!
Di.03.11.09	1172 h118 H118.1 H126 G12.9 cont.64	Eine raffinierte Falle; man teilt J.R. mit, dass er nun Grund genug für eine gerichtliche Einstellung der Alimentenzahlungen hätte: VB-Brühlmann teilt mir mit, aufgrund der massiven Ablehnung d. Kinder hätte ich Grund genug für Abänderungsklage um Einstellung der Alimentenzahlungen - einmal in seinem Protokoll H126 und Dok. 1172 festgehalten. <b>H118 vom 04.06.2008</b> - <b>dazu Korrektur J.R. H118.1</b> -Brenn äussert sich, dem Vater mitteilen zu wollen, dass er infolge kategorischer Ablehnung durch alle Kinder, die Einstellung der Alimentenzahlungen beantragen könne. Ebenso auch Staatsanwalt Willy Zürcher am Fr.20.03.09 siehe <a href="#">Dok. G12.9</a> Fr.01.10.10 Dok. 1200 <a href="#">Richter Werner Oechslin</a> - ( vgl. cont. 64 ) - verweigert graphologisches Gutachten und betrügt mich trotz meiner vorherigen Absicherung - sofortiger Rückzug meines Antrages, falls das Gericht erneut Rechtsbeugung betreibe - mit total Fr. 5327.90 ab! Das klar anderslautende Begehren fälschte und unterschlug Oechslin mit der Unterstellung aus, ich hätte meine finanzielle Situation nicht klar genug dargetan. Hat er sich für diese Aussage kaufen lassen? Dem Vater ging es darum: Entweder Wiederaufnahme der Beziehung oder Einstellung der Alimentenzahlungen!
12.01.2010	1174.8 G177	Petition 4 Willi Josel, Präsident der Justizkommission weist Petition ohne Eintreten auf Anhörung ab, ich hätte diese Gunst bereits erhalten.
06.03.2012	1320	Petition 5 Präsident des Kantonsrates Hans Schwaninger weist mein Gesuch um öffentliche Anhörung ab. Ich sei mehrmals orientiert worden, dass der Kantonsrat keine Befugnis habe, meinem Anliegen zu entsprechen.
03.03.2014	1428.8 1428.9	Intrige in Absprache von Regierungsrat u. Kantonsratsbüro: „Droh-Mail an Schaffhauser Kantonsräte ruft Polizei auf den Plan“ auf Kosten der Polizei, wie

		aus dem Interview von Radio Munot - Wälz Studer / Lisa Dättwiler hervorgeht. 1428.9 Zeitungsartikel von SN belegt, dass Polizei vom Büro KR angefordert wurde.
Di.04.03.14	1429	Petition 6 Anstelle der Justizkommission prellt Kantonsratspräsident Martin Kessler vor. Er fertigt mich unhöflich damit ab, es gebe keine Anhörung. Darüber hinaus würde ich künftig vollständig ignoriert.
12.11.2014	1478.9	Petition 6 Heinz Rether versprach vor Zeugen, die von Oberrichter Marti ertrogene Rechnung würde zurückerstattet. Ebenso würden die Gefängnisrechnungen annulliert. Dann kam die Bedingung hinzu, meine Webseite rückwirkend zu anonymisieren oder ganz zu löschen. Weiter plante er einen Schlagabtausch mit der Polizei. Er hat dann mit ein paar fragwürdigen Entwürfen die Zeit solange vertrödelt, bis die vom Regierungsrat angeblich festgesetzte Frist abgelaufen war. Diese gab mir niemand bekannt, bis ein paar Tage vorher. Rether hat damit 1. die massive Rechtswillkür gegen J.R. belegt. Und zweitens widerlegt, dass die Justizkommission keine Befugnisse hat. Oder wie anders hätte es zur Sistierung der Rechnungen der in Aussicht stehenden Aussprache mit der Polizei und Arnold Martis Eingeständnis kommen sollen? Schade, dass Rether sich dann doch als korrupt erwiesen hat!
Di.30.12.14	1491.1 1516.8 1498.9 236 567 1220	Die beiden Szenarios in Dok. 1491.1 infolge Blockierung des Rechts und neu aller meiner Briefe an alle Instanzen, auch d. Justizkommission, führen zu „ <b>man habe wieder grosse Bedenken</b> “ usw. - Kienzle hat angerufen und mich dringend auf den Posten gebeten, um die Sache zu besprechen - ich weigere mich - Gesprächsnotizen Dok. 1516.8. Anlässlich Vorladung durch Staatsanwalt Maurus Meier zu Nichterscheinen Betreibungsamt i. S. Rechtzeitigkeit, erhalte ich eine Kopie des jüngst gegen mich inszenierten <a href="#">Bedrohungsmanagements mittels Tatbestandsrapport - Dok. 1498.9</a> - diesmal durch Polizist Arnold Lang
11.01.15	1498.9 1492	Polizist A. Lang inszeniert mittels Dok. 1491.1 Bedrohungsmanagement mit „DyRiAS“, anstatt J.R. wie von Betreibungsamt beauftragt, polizeilich zuzuführen. Anhand meines Briefes an Polizei - Dok. 1492 will er mir auch noch unterstellen, dass ich mich der pol. Abholung widersetzen wolle.
05.02.2015	1515	Petition 7 Peter Neukomm, der frisch entwöhnter Staatsanwalt und Kollege meiner Widersacher, macht sich als neuer Präsident der Justizkommission und Feudal-Plutokrat breit. Er nimmt keinerlei Notiz von Rethers feigen Hinterlassenschaft. Auch für ihn ist Josef Rutz offensichtlich rechtlos. So gibt er an, alle weiteren Korrespondenzen zu blockieren. ... Als neuer Stadtpräsident gebärdet er sich ja bereits wie ein Dorfkönig einer fernöstlichen Bananenrepublik!
09.02.2015	1516.8	Wohl vom Regierungsrat - Ernst Landolt - und KR bzw. Justizkommission bzw. Rether <b>inszeniertes AngstszENARIO, um die Verweigerung des Dialoges und einer Untersuchung und die unterschlagene Beantwortung der Briefe zu kaschieren</b> , sind die Duckmäuser mittels, man habe erhebliche Bedenken wegen J.R. an Polizist Peter Kienzle gelangt, er solle J.R. vorladen und einvernehmen. Offenbar hat die Polizei nun dazugelernt - seit diese mittels „ <a href="#">Drohmail ruft Polizei auf den Plan</a> “ für dumm verkauft worden sind.
20.02.2015	1524.2	Vorgeladen von a /O Staatsanwalt Maurus Meier. Mein Zeuge u. Rechtsberater wird kategorisch abgelehnt, Ausweisen verweigerte Meier ebenso. Einvernahme wegen Nichterscheinen Betreibungsamt; Argumentation, dass alle Strafanzeigen

		seit ein paar Jahren - auch gegen Staatsanwalt Zürcher ignoriert werden, und dass dieser ja wegen seiner betrügerischen Amtsführung mich zur Zahlungsverweigerung gezwungen hat, interessieren den Staatsanwalt nicht.
14.07.2015	38 H18 H67 H84 o. 416.8 H89 H90 562.1	<p>Besuchsrecht - eine andere Form von Lösegeld. H18 „Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen kann ich die Aufrechterhaltung des Besuchsrechts von Herrn Rutz nicht mehr verantworten.“</p> <p>H67 Die Mutter alleine gegen zwei Anwälte ... Allerdings wollen beide Anwälte wegen der unsicheren rechtlichen Situation sobald als möglich eine Regelung für die</p> <p>Wiederaufnahme des BR in Betracht ziehen. Ich möchte darauf bestehen einen Kindsbeistand bei zuziehen und zähle fest auf Ihre Hilfe. ...</p> <p>H84 416.8 Die Mutter macht sich grosse Sorgen um den Besuchsboykott wegen eines Bundesgerichtsurteils mit Würdigung des Rechts eines Vaters.</p> <p>H90 Mit einem auf Beschlussebene geregelten persönlichen Verkehr, welcher zwar seit über 2 1/2 Jahren überhaupt nicht mehr funktioniert, dürfte es schwierig sein, öffentliche Verbote für Herrn Rutz auszusprechen. Gerade aus diesem Grunde ist es wichtig, dieses Besuchsrecht auszusetzen. ...</p> <p>Die Kindsmutter wie auch ihr Lebenspartner sind damit einverstanden, dass der persönliche Verkehr per sofort eingestellt wird. ...</p> <p>Durch die dauernde Auseinandersetzung mit der Behörde hat Josef Rutz eben auch den inoffiziellen Weg zur Kontaktnahme mit den Kindern gepflegt, welcher klar und deutlich als kindsschädigend beurteilt werden muss. ...</p> <p>Durch die dauernde Auseinandersetzung mit der Behörde hat Josef Rutz eben auch den inoffiziellen Weg zur Kontaktnahme mit den Kindern gepflegt, welcher klar und deutlich als kindsschädigend beurteilt werden muss.</p> <p>...</p> <p>Dok. 38 Mutter sei bedroht worden, habe Strafanzeige eingereicht, daher kein Besuchsrecht.</p> <p>H89 ...fehlenden Einsicht und Kooperationsbereitschaft ... ein Kontaktverhältnis zwischen Herrn Rutz und seinen Kindern nicht mehr zu verantworten. ...</p> <p>562.1 Rache für Beschwerde beim Amt für Justiz; Besuchsplanung blockiert: „Ich habe Ihr Besprechungsgesuch zur Kenntnis genommen. Leider sind wir in unseren weiteren Aktivitäten momentan blockiert, da noch ein Verfahren beim Amt für Justiz hängig ist und wir diesem nicht vorgreifen können“.</p>